

Ressort: Politik

Städtebund will Wohnungsreserve für Flüchtlinge

Berlin, 09.07.2017, 07:00 Uhr

GDN - Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert die vorsorgliche Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete. "Nach wie vor kommen rund 200.000 Flüchtlinge pro Jahr nach Deutschland und niemand kann mit Sicherheit vorhersagen, ob die Zahlen nicht wieder deutlich ansteigen", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der "Welt am Sonntag" (9. Juli 2017).

"Damit sich dramatische Engpässe bei der Unterbringung wie im Jahr 2015 nicht wiederholen, müssen Unterbringungsmöglichkeiten vorgehalten werden", verlangte er. Der Bund und die Länder müssten möglichst genau erfassen, wo die Kommunen wie viele Plätze welcher Art in Reserve halten müssten. Zahlen müsse der Bund, denn es handle sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Forderung platzt in einen Wahlkampf, in dem das Flüchtlingsthema an den Rand gerückt ist. Auf dem Höhepunkt der Fluchtwelle seien bundesweit bis zu 1.200 Sporthallen als Notunterkünfte genutzt worden, sagte Heinz-Peter Meidinger, Chef des Deutschen Philologenverbandes, der Zeitung. Fast alle sind inzwischen wieder frei, ebenso Containerdörfer und andere Notunterkünfte. "Die Neuzugänge sind derzeit gering. Deshalb stehen viele langfristig angemietete Objekte jetzt ganz oder teilweise leer", erklärte Harald Löhlein, Leiter der Abteilung Migration beim Paritätischen Gesamtverband. Doch die Probleme sind mit der Entspannung bei der allerersten Unterbringung der Neuankömmlinge nicht gelöst, sagte Axel Gedaschko, Präsident des Verbandes der Wohnungswirtschaft (GdW). "Es darf nicht passieren, dass die Politik die Integrationsbemühungen einstellt, sobald die Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf haben", sagte Gedaschko der Zeitung. "Das Motto `Aus den Augen, aus dem Sinn` funktioniert nicht." Notwendig seien generelle Verbesserungen im Wohnungsbau, darunter eine Entschlackung der Bauvorschriften. Auf diese Weisen ließen sich Baukosten und Mieten insgesamt dämpfen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-91797/staedtebund-will-wohnungsreserve-fuer-fluechtlinge.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com